

N I E D E R S C H R I F T

über die 25. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

vom:	28.05.2002
von:	15:00 Uhr
bis:	17:30 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Jugendhilfeausschuss

Schmidt, André - als Vorsitzender -
Eberlein, Klaus-Peter - bis 17.20 Uhr, Ende ö. T. -
Katz, Reinhilde
Klein, Marc
Leonhardt, Traugott - ab 16.00 Uhr, während TOP 5 ö. T. -
Otterbach, Christoph
Rujanski, Detlef - ab 15.10 Uhr, TOP 4 ö. T. -
Sintzen, Gerlinde

II. Von den Wohlfahrtsverbänden:

Löwenberg, Horst
Max, Christian - bis 16.40 Uhr, Ende TOP 5 ö. T. -

III. Von den Jugendverbänden:

Berger, Joachim
Lauble, Wilhelm
Stephany, Torsten - für AM Westerholt, Günter ab 17.00 Uhr, während TOP 8 ö. T. -
Westerholt, Günter - bis 16.40 Uhr, Ende TOP 5 ö. T. -

IV. Beratende Mitglieder:

Städt. VD Fischer, Horst
Al-Omary, Falk - bis 17.15 Uhr, TOP 9 ö. T. -
Alt, Bernhard - für Stv Groß, Michael -
Dr. Feische, Bärbel - ab 15.45 Uhr, während TOP 5 ö. T. -

Gürke, Volker
Holdinghausen, Rolf
Leng, Raimar - für AM Dr. Czell, Gernot -
Schneider, Martina
Tielsch, Ingrid Karin

V. Als Zuhörer:

Aufgrund besonderer Einladung zu TOP 5 ö. T.:

Frau Spogis - Landesjugendamt Münster - bis 16.35 Uhr, Ende TOP 5 öT -

VII. Von der Verwaltung:

Nicht anwesend waren:

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (nach Alphabet Herr Rujanski):

Da Herr Rujanski noch nicht anwesend ist, wird Frau Sintzen zur Mitunterzeichnung der Niederschrift bestimmt.

25. JHA 28.05.2002

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

25. JHA 28.05.2002

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

25. JHA 28.05.2002

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

25. JHA 28.05.2002

5. PISA-Studie; Inhalte, Konsequenzen, Stand der Diskussion auf Landesebene

Frau Spogis stellt sich als Vertreterin des Landesjugendamtes den Ausschussmitgliedern vor. Zum Stand der Diskussion bezüglich der PISA-Studie auf Landesebene macht sie grundsätzlich deutlich, dass noch keine konkreten Handlungsansätze aus den Ergebnissen abgeleitet wurden, sondern dass sich diese erst mit der Zeit entwickeln. Sowohl die Ergebnisse der Studie als auch die jüngsten Ereignisse in Erfurt sprechen eine schockierende Sprache. Es werfen sich die Fragen auf, was Kinder und Jugendliche lernen und zu welchen Werten sie erzogen werden müssen. Weiterhin besteht Anlass, grundsätzlich über ein anderes Schulverständnis nachzudenken.

Die PISA-Studie wurde durch die OECD mit dem Ziel initiiert, Aussagen zur Vergleichbarkeit der Leistungsfähigkeit der in den Mitgliedsstaaten praktizierten Bildungssysteme tätigen zu können. Optimierung und bessere Steuerung der Bildungssysteme sind weitere Ziele. Anhand von Folien, die den Ausschussmitgliedern in Kopie zur Verfügung gestellt werden, erläutert Frau Spogis, wie die PISA-Studie konkret durchgeführt wurde. Sie zeigt zentrale Ergebnisse für Deutschland, Stand der Diskussion auf Landesebene für die Bereiche Jugendhilfe und Schule und die Position des Landesjugendamtes auf.

Auf Fragen der Ausschussmitglieder antwortet sie wie folgt:

- Vergleiche werden derzeit insbesondere zu den Bildungssystemen in Finnland und Schweden gezogen. Dort besuchen Schüler anstelle von 4-jähriger Grundschulzeit wie in Deutschland 9 Jahre die gleiche Schule. Nachhilfe erfolgt im Rahmen des Schulunterrichtes, so dass schwache Schüler besser gefördert werden. 60 % der Schüler sind in der Lage, im Anschluss an die Grundschulzeit zum Gymnasium zu wechseln (Frage von Herrn Al-Omary).
- Die Verteilung der vom Bund zugesagten 4 Mio. € (aus dem Verkauf von UMTS-Lizenzen) für Ganztagsbetreuung ist derzeit noch unklar. 2,6 Mio. € sind für die Sprachförderung angesetzt, entsprechende Richtlinien wurden erarbeitet, sind aber noch nicht in Kraft getreten (Frage von Herrn Schmidt).
- Bei den erwähnten vorstellbaren Schulverträgen geht sie davon aus, dass jede Schule im Einzelfall Erziehungsverträge mit Eltern und Schülern aushandelt. Eine Einflussnahme von außen wäre nur in sehr eingeschränktem Maß möglich (Frage von Herrn Schmidt).
- Die konkrete Umsetzung einer evtl. Ausweitung der Angebote im Bereich der Ganztagsbetreuung ist noch mit vielen Fragezeichen versehen. Voraussichtlich wird sie eher in den Zuständigkeitsbereich der Schulen als in den der Jugendhilfe fallen (Frage von Herrn Schmidt).
- Um die Kompetenz der ErzieherInnen im pädagogischen, aber auch im Bildungs-

bereich zu fördern, sind in Kooperation mit den Kommunen Fortbildungsveranstaltungen für das kommende Jahr geplant. Wie und von wem die entstehenden Kosten getragen werden, ist noch zu klären (Frage von Herrn Leng).

Herr Al-Omary vertritt die Ansicht, dass die Verteilung lernstarker bzw. -schwacher Schüler in Deutschland als normal zu bezeichnen ist, lediglich das Durchschnittsniveau liegt im Vergleich zu den OECD-Mitgliedsstaaten niedriger. Zu hinterfragen sind Schulform und -organisation. Überprüft werden sollte, ob und wie die Jugendhilfe in der Lage ist, berufsvorbereitend tätig zu werden, um Menschen zu qualifizieren. Bei einer Förderung der minderbegabten Schüler als Resultat aus der PISA-Studie dürfen die anderen nicht aus dem Blickfeld geraten. Schule und Jugendhilfe dürfen nicht in Konkurrenz gesehen werden, sondern müssen nach Möglichkeit kooperieren.

Die Jugendhilfe sollte sich keinesfalls aus der Verantwortung ziehen, mahnt Herr Schollmeyer. Mit den vorhandenen Angeboten verfügt die Jugendhilfe über vielfältige Möglichkeiten, gesamtheitliche Kompetenzen zu fördern und den Bildungsauftrag mitzuübernehmen. Dies sollte keinesfalls nur den Schulen überlassen werden. Auch bei der Ausgestaltung der Ganztagsbetreuung sollte die Jugendhilfe eine wichtige Rolle spielen.

Herr Gürke führt aus, dass der Verbindung von Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung eine sehr hohe Priorität eingeräumt werden sollte. Er appelliert an das Landesjugendamt, sich deutlich als Lobbyist für Jugendhilfearbeit darzustellen. Jugendhilfe darf nicht als Erfüllungsgehilfe für die Bildungsarbeit an den Schulen gesehen werden.

Aus der PISA-Studie Rückschlüsse auf Kindertageseinrichtungen zu ziehen, erachtet Herr Löwenberg als falsch. Er erwartet eine grundsätzliche Neudefinition des Bildungsbegriffes. Insbesondere im Jugendhilfebereich sollte der Begriff erheblich erweitert werden.

Bei allen gut zu durchdenkenden Handlungsansätzen, die aus der PISA-Studie resultieren, ist zu berücksichtigen, dass an Kinder keine zu hohen Anforderungen gestellt werden, so Herr Rujanski. Die Jugendhilfe darf bezüglich des Bildungsauftrages auf keinen Fall in eine „Zuträgerrolle“ für die Schulen verfallen.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

25. JHA 28.05.2002

**6. Kindertageseinrichtungen;
hier: Einrichtung einer zusätzlichen Hortgruppe**

Vorlagennr. 1949/2002

Ergänzend zur Vorlage führt Herr Fischer aus, dass über die bereits bekannten zwei Schließungen von Kindergartengruppen eine weitere geschlossen wird. Auf Seite zwei der Vorlage ist von 15 Hortplätzen die Rede, nunmehr soll aber eine klassische Hortgruppe mit 20 Plätzen eingerichtet werden.

Bei der Unterbringung der Hortgruppe in eine bestehende Tageseinrichtung ist zu beachten, dass dies nicht unter Inkaufnahme von Standardreduzierung (z. B. Opfern eines Mehrzweckraumes) geschehen darf, fordert Herr Rujanski. Die räumlichen Voraussetzungen müssen hortwürdig sein.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt die Einrichtung einer zusätzlichen Hortgruppe in einer bereits bestehenden Tageseinrichtung für Kinder in Siegen. Die Finanzierung ist aus dem laufenden Budget sicherzustellen.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

**7. Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V.;
hier: Förderung von besonderen sozialpädagogischen Betreuungs-
maßnahmen**

Vorlagennr. 1931/2002

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales, Familien- und Seniorenfragen des Rates der Stadt Siegen beschließt vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2002, dem Verein für soziale Arbeit und Kultur Südwestfalen e.V. einen Sachkostenzuschuss in Höhe von 26.587 € zur Durchführung von sozialpädagogischen Betreuungsmaßnahmen für ausländische Flüchtlinge einschließlich Verwaltungsmehraufwand zu gewähren.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Förderung von Initiativen gemäß KJHG und sonstige Träger der freien Jugendhilfe

Vorlagennr. 1948/2002

Herr Rujanski und Frau Tielsch machen darauf aufmerksam, dass die Stadtteilkonferenz gegenüber dem Antrag nur eine erheblich gekürzte Förderung erhält.

Herr Fischer legt dar, dass die zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel keine höhere Bezuschussung erlauben.

Herr Löwenberg bittet zu den kommenden Haushaltsplanberatungen um Bezifferung des Betrages, um den die Haushaltsmittel 2002 überzeichnet sind.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen bewilligt – vorbehaltlich der Rechtskraft der Haushaltssatzung 2002 – den Antrag der Stadtteilkonferenz Weidenau e.V. vom 11.03.2002 nach den Richtlinien 2000 zur Förderung der sonstigen Träger der freien Jugendhilfe und Initiativen in der Stadt Siegen nach Ziffer 5.6 Ferienspaß mit einem Förderbetrag von € 1.800. Es wird ein Vorschuss in Höhe von 70 % gewährt.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

9. Kinder- und Jugendeinrichtung „Bertramsplatz“; hier: Trägerverein und -vertrag / Schreiben des Stadtjugendrings Siegen e.V. vom 29.04.2002

Vorlagennr. 1954/2002

Die Ausschussmitglieder Gürke, Peter, Schollmeyer und Stephany erklären sich gemäß § 31 GO NW für befangen und nehmen an Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Frau Tielsch und Frau Sintzen bedauern, dass das ursprünglich vorgeschlagene Trägermodell in Form der Kooperation von Stadt Siegen und Stadtjugendring nicht zustandekommt. Dennoch werden sie sich dem Beschlussvorschlag anschließen, um das gesteckte Ziel möglichst bald zu erreichen.

Die Durchführung einer Ausschreibung wäre formell gesehen der richtige Weg gewesen, auch wenn ein besser geeigneter Vertragspartner nicht zu finden gewesen wäre, meint Herr Al-Omary.

Herr Löwenberg fordert, Fragen bezüglich eines Leistungsvertrages rechtzeitig im Vorfeld zu klären.

Beschluss (mit Ergänzung auf Antrag von Herrn Rujanski):

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem Stadtjugendring Verhandlungen zur Übernahme der Trägerschaft der geplanten Kinder- und Jugendeinrichtung „Bertramsplatz“ aufzunehmen und dem Jugendhilfeausschuss die erforderlichen Verträge zur Erörterung und anschließend dem Rat ~~die erforderlichen Verträge~~ zur Beschlussfassung vorzulegen.

Als Erstausrüstung für den Beginn des Betriebes wird als Obergrenze die Personal- und Sachkostenausstattung der städt. Kinder- und Jugendeinrichtungen „Haus der Jugend“ (bereinigt um die damaligen Mietaufwendungen HdJ) und „Altenhof“ mit Stand vom 31. Dezember 1999 zugrunde gelegt (eine Einsparstelle). Eine Eigenbeteiligung des Stadtjugendrings in Höhe von mindestens 10% an den Personal- und Sachkosten der Einrichtung ist vorzusehen.

Der Vertrag soll zunächst auf 3 Jahre – nach Aufnahme des Betriebs – befristet werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen**10. Stadtjugendring Siegen e.V.
hier: Jahresbericht 2001**

Vorlagenr. 1952/2002

Herr Schmidt lobt sowohl Gestaltung als auch Inhalt des Berichtes und bittet die anwesenden Vertreter des Stadtjugendrings, dieses Lob in die Jugendvereinigungen und -verbände weiterzutragen.

◆◆◆ Der Ausschuss nimmt Kenntnis.